Nr. 311 B 153 Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 4. Juli 1930 V

# Vossische Zeitung

10 Pfennig — Gegründet 1704 — Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

# Saar-Verhandlung gescheitert

## Ende des Bahnschutzes

**Die Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes an das Deutsche Reich vor Ablauf der im Versailler Vertrage vorgesehenen Frist stehen unmittelbar vor dem Abbruch.** Sie wurden zwischen der deutschen und der französischen Regierung eingeleitet während der ersten Haager Konferenz, sie sind seither ununterbrochen fortgeführt worden durch deutsche und französische Unterhändler in Paris, haben aber bisher zu keiner Verständigung geführt, weil die französische Regierung die Bedingung stellte, **daß das Eigentum an den Saargruben zwischen Deutschland und Frankreich geteilt werde.** Da dieses Ansinnen von Berlin abgelehnt wird, die französische Regierung aber kein Entgegenkommen zeigt, werden die deutschen Unterhändler in den nächsten Tagen von Paris abreisen.

Die Resultatlosigkeit der Saarverhandlungen wirkt enttäuschend, wenn sie auch von deutscher Seite nicht mit allzu großen Hoffnungen eröffnet worden sind. Daß Frankreich für die Abkürzung der vertragsmäßigen Frist um fünf Jahre und den Verzicht auf die Abstimmung Gegenleistungen fordern würde, darauf mußte man vorbereitet sein. Was man nicht erwarten konnte, war der Anspruch auf den dauernden Besitz der Hälfte der Saargruben, auf ein wirtschaftliches Einnisten Frankreichs im Saargebiet. Dieser Preis war zu hoch und mußte verweigert werden, selbst auf die Gefahr hin, daß Anknüpfungspunkte für eine neue Auseinandersetzung sich in naher Zukunft nicht mehr ergeben sollten. Denn die Zeit arbeitet hier gegen das französische Interesse.

Nach fünf Jahren soll eine Volksabstimmung der Saarbevölkerung über das Schicksal des Saargebietes entscheiden. Auch in Frankreich hegt niemand die Illusion, daß diese Abstimmung ein anderes Ergebnis haben werde als die völlige Rückkehr zum Reich. In diesem Falle hat nach dem Versailler Vertrag „Deutschland die Eigentumsrechte Frankreichs an den in diesem Gebietsteil liegenden Gruben im Ganzen zu einem in Gold zahlbaren Preise zurückzukaufen." Dieser Preis wird durch drei nach Stimmenmehrheit beschließende Sachverständige festgesetzt; einer dieser Sachverständigen wird von Deutschland, einer von Frankreich und einer, der weder Franzose noch Deutscher sein darf, vom Völkerbund ernannt. Dieser Beschluß der Sachverständigen über den Rückkaufspreis ist in gewissem Sinne bereits präjudiziert von — den alliierten Mächten. Denn die Reparationskommission seligen Angedenkens hat den Wert der Saargruben mit 300 Millionen Goldfranken, also etwa 250 Millionen Goldmark eingeschätzt.

So sehr Deutschland wünschen muß, die volle Souveränität über das Saargebiet wieder zu erlangen, kann es doch eher warten als Frankreich, das mit jedem Jahr den Wert der Gegenleistung sich vermindern sieht, den es den deutschen Verhandlungspartnern zu bieten hat.

Der Pariser „Matin" glaubt übrigens versichern zu können, daß die **Eisenbahn-Schutztruppe in der nächsten Zeit zurückgezogen** werde. Diese Truppe, die den Schutz der rückwärtigen Verbindungen der Besatzungsarmee garantieren sollte, hat nach der Räumung des Rheinlandes keinen Daseinszweck mehr. Der saarländische Landesrat, der allerdings nur beratende Stimme hat, sah sich gestern veranlaßt, gegen ein Verbleiben des Bahnschutzes zu protestieren. Dieser Protest wurde auch ausgedehnt gegen den Zwang, der an die saarländischen Bergarbeiter ausgeübt wird, ihre Kinder in französische Schulen zu schicken. Der Protest ist nicht neu und es ist bezeichnend, daß er die Regierungskommission lediglich zu einer Untersuchung gegen einige Lehrer und Geistliche veranlaßt hat, die sich gegen die Propaganda für die französischen Schulen gewandt haben.

# Im Geiste Stresemanns ...

## Der Fall Curtius

Die Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, der heute zusammentrat, gestaltete sich zu einer Stresemann-Ehrung. Dr. Scholz bedauerte, daß der Name Stresemann in der Kundgebung der Reichsregierung nicht genannt worden sei, und wandte sich dann **gegen die Nationalsozialisten, die zwar stets von Freiheit und Tat redeten, aber für die geschichtliche Befreiungstat Stresemanns auch nicht das geringste Verständnis aufbrächten. Der Zentralvorstand stimmte dem Gelöbnis des Vorsitzenden, im Geiste Stresemanns weiterzuarbeiten, zu.**

Vorausgegangen ist in der gestrigen Sitzung des Vorstandes eine Erörterung des Falles Curtius. Wie in der Reichstagsfraktion, so war auch dort die Auffassung, daß Dr. Curtius, weil er dem Finanzprogramm Dietrichs zugestimmt hat, **entweder aus dem Kabinett ausscheiden oder aber von der Partei bzw. von der Reichstagsfraktion sich trennen müsse.**

Diese Stellungnahme gegen Curtius hat im Augenblick keine praktische Bedeutung, weil die Volkspartei sich geneigt zeigt, nach gewissen Zugeständnissen die Deckungsvorlagen der Regierung zu akzeptieren. Aber Dr. Scholz hat die grundsätzliche Frage der Autorität des Parteiführers aufgeworfen, die darunter leiden müsse, wenn Mitglieder der Partei, die der Regierung angehören, sich dem Willen der Führung nicht beugen. Man hat von politischer Führung in der Deutschen Volkspartei seit dem Tode Stresemanns nicht viel gespürt, hat weder eine Idee noch ein Ziel zu erkennen vermocht und nur kleine taktische Manöver bemerkt. Aber man darf vielleicht daran erinnern, daß gerade vom Zentralvorstand und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Beschlüsse gefaßt wurden, die sich gegen die Autorität des Parteiführers richteten, selbst als dieser Führer Dr. Stresemann hieß. Nicht um ein Problem der Führerautorität handelt es sich im Falle Curtius, sondern um das der Ministerverantwortlichkeit. Es ist Zeit, daß mit der Fiktion aufgeräumt wird, daß ein Minister der deutschen Republik nichts mehr sei als ein Exekutivorgan des obersten Parteifunktionärs und politisch nach dessen Kommando zu exerzieren habe.

## Hindenburg wieder in Berlin

Reichspräsident von Hindenburg ist von dem Aufenthalt auf seinem Gut Neudeck in Ostpreußen heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen.

## Idyll aus dem „Dritten Reich"

Das Organ der nationalsozialistischen Oppositionsgruppe veröffentlicht folgende Erklärung des Majors a. D. Buchrucker und Otto Strassers:

> **Knüppelt sie nieder!** Mit diesen Worten hat der Berliner Gauführer Dr. Goebbels mangels geistiger Waffen den Kampf gegen die revolutionären Nationalsozialisten eingeleitet. In Befolgung dieser Mordparole hat eine Gewalthetze gegen unsere Zeitungshändler und gegen unsere als revolutionäre Nationalsozialisten bekannten Freunde eingesetzt. Wir machen Herrn Dr. Goebbels menschlich und juristisch für jede einzelne derartige Gewalttat persönlich verantwortlich."

Wenn das so weiter geht, wird die viel geschmähte preußische Schupo bald in die Lage kommen, die Verkünder des Dritten Reichs voreinander und gegen einander zu beschützen.

## Gegen das Rowdytum

### Preußische Verordnung gegen Waffenmißbrauch

**Die Preußische Regierung hat die Absicht, eine Verordnung gegen Waffenmißbrauch herauszugeben.**

Im Reichsministerium des Innern ist ein Gesetzentwurf vorbereitet, der das Tragen von Waffen bei Demonstrationen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestrafen will. Da es nicht wahrscheinlich ist, daß dieser Entwurf vor den Sommerferien zur Verabschiedung kommen wird, will Preußen mit einer eigenen Verordnung vorgehen, der die Gedankengänge zugrundeliegen, von denen sich das Reichsministerium des Innern bei der Ausarbeitung seines Gesetzentwurfs leiten ließ.

## Notopfer und Diäten

Der Reichstag wird einen Unterausschuß, bestehend aus je einem Vertreter jeder Fraktion, einsetzen, der Vorschläge für die Einbeziehung der Diäten der Reichstagsabgeordneten in das allgemeine Notopfer machen soll.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß am Sonnabend die Sitzung des Reichstags um 12 Uhr beginnen soll. Auf der Tagesordnung werden die Angelegenheiten stehen, die heute nicht erledigt werden konnten, und außerdem das Brotgesetz. Am Montag wird die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums beginnen. Die neuen Deckungsvorlagen der Reichsregierung sollen mit diesem Etat zusammen beraten werden.

## 3302 politische Gefangene in Indien

*London, 4. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst*

Der Minister für Indien erklärte gestern auf eine schriftliche Anfrage im Unterhaus, daß sich von den seit **März in Indien Verhafteten noch 3302 Personen im Gefängnis befinden.**

Die indische Regierung teilt mit, daß sie ihrerseits Vorschläge zu dem Simon-Bericht machen und der britischen Regierung übergeben werde.

## Pogrom in Polen

*Warschau, 4. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst*

In der polnischen Stadt Kowel kam es in den letzten Tagen wiederholt zu schweren judenfeindlichen Ausschreitungen. Mehr als 50 jüdische Einwohner wurden dabei mißhandelt, 28 Personen ernstlich verletzt.

## Der Flottenpakt vor dem Senat

*New York, 4. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst*

**Präsident Hoover wird den Senat am Montag zu einer Extrasitzung zusammenberufen, um den Londoner Flottenpakt zu beraten. Man erwartet, daß die Diskussion nicht länger als zehn Tage dauern wird, und glaubt an eine sichere Mehrheit für die Ratifizierung.**

## Feme gegen Schaufenster

*Wiesbaden, 4. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst*

Nach dem üblen Mainzer Beispiel ist es in der vergangenen Nacht auch in **Wiesbaden zu Ueberfällen auf Geschäfte gekommen,** deren Inhaber separatistischer Sympathien verdächtig gewesen sind. Junge Burschen auf Motorrädern haben ganz systematisch und mit großer Schnelligkeit gearbeitet. Zahlreiche Schaufenster sind eingeschlagen worden, und in einzelnen Geschäften wurde die gesamte Inneneinrichtung demoliert. Gerade in Wiesbaden, das Besucher so dringend braucht, bedeuten diese Exzesse die denkbar schwerste Schädigung der gesamten Bevölkerung.

## Schlachtsteuer in Bayern

*München, 4. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst*

Der Haushaltausschuß des bayerischen Landtages hat heute vormittag in erster Lesung **die Schlachtsteuer mit dreizehn Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen zwölf Stimmen der Sozialdemokraten und des Bauernbundes angenommen.** Deutsche Volkspartei und Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme, die letzteren mit der Begründung, daß sie nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes gegen verfassungswidrige Bestimmungen des Landeswahlgesetzes dem Landtag die Existenzberechtigung absprächen. Zur zweiten Abstimmung haben sich sämtliche Parteien die endgültige Stellungnahme zu Einzelheiten des Tarifs vorbehalten.

Der Finanzminister Dr. Schmelzle hatte noch einmal dringend um Annahme der vom Bauernbund so heftig bekämpften Steuer gefordert, die er als einzige Einnahmequelle bezeichnete, um das Etatsdefizit für 1930 zu beseitigen. Es bleibt nun abzuwarten, ob der Bauernbund seine Drohung, bei Annahme der Schlachtsteuer **aus der Regierungskoalition auszuscheiden, wahr machen wird.**